

Zur Einführung: DIE GRETCHEN-FRAGE

Die CDU ist nervös geworden. In ihr herrscht ein ständiges Kommen und Gehen von Personen, Programmen und Projekten. Ein klarer Kurs ist kaum noch erkennbar, wie überhaupt die Unterscheidungsmerkmale zwischen den Parteien sich immer mehr verwischen. „Die Lage war noch nie so ernst“, möchte man mit dem Parteipatriarchen Konrad Adenauer ausrufen. In der nach oben offenen Krisenskala kann sich der Ernstfall freilich immer weiter steigern. Zu Adenauers Zeiten, also zur Gründerzeit der Bundesrepublik, waren die Krisen noch eingefügt in eine zuversichtliche Aufbruchsstimmung. Und in religiöser Gelassenheit und Überzeugungskraft bekam „der Alte“ diese Krisen – wie auch seine Partei – in den Griff. Adenauer stand als katholischer Christ für die CDU, und die CDU stand hinter Adenauer.

Das liegt alles sehr weit zurück. Und die Deutschen scheinen in dieser langen Epoche von Frieden und Freiheit, von Wohlstand und Sicherheit vergessen zu haben, auf welcher religiösen und moralischen Grundlage ihr Glück beruhte. Fast ganz verschwunden sind auch die geistigen Orientierungen, die der Sozialen Marktwirtschaft, der Westintegration, der Wiedervereinigung Deutschlands in der Einheit Europas eine sinnvolle Richtung gaben. Heute stehen die Enkeltöchter und -söhne Adenauers ratlos und deprimiert vor Problemen eines schier unbegreiflichen und scheinbar unaufhaltsamen Niedergangs.

Von außen bedroht durch ein globales Wirtschaftsdesaster, innerlich heimgesucht von einer geistig-moralischen Wert-

krise, bemühen sich unsere politisch-ökonomischen Eliten zu retten, was vielleicht nicht mehr zu retten ist. Der „Zauber“, der nach Hermann Hesse „jedem Anfang“ innewohnt, scheint einem Fluch gewichen zu sein, der jeden Abstieg begleitet. „Verwerfungen“, „Unübersichtlichkeit“ und „Politikverdrossenheit“ sind die wertneutralen Bezeichnungen für jene degenerativen Entwicklungen, die sich schon seit langem angebahnt haben. Und die sich aus so vielen und unterschiedlich vergifteten Quellen speisen, daß keiner mehr die Zusammenhänge ganz überblicken kann und bewerten mag.

Und keine Rettung in Sicht, nirgendwo. Sollten wir vielleicht an die Gründerjahre der Bundesrepublik anknüpfen? Damals konnte die CDU im Verein mit den christlichen Kirchen einen Neuanfang wagen. Nach der totalen Katastrophe des nationalsozialistischen Terrorregimes gewann die Kirche, die die Verfolgungen überlebte, eine besondere Glaubwürdigkeit. Und sie, vor allem die katholische Kirche, verbündete sich mit einer Partei, die ihre Lehren nicht nur aus der Geschichte, sondern auch aus dem Erfahrungsschatz der Katholischen Soziallehre zog.

Ein Programm zur gründlichen Überwindung der heutigen Krisen fehlt der CDU. Denn sie hat sich weitgehend von ihren christlichen Wurzeln, von ihren programmatischen Ursprüngen entfernt und Zuflucht gefunden bei einem oberflächlichen Pragmatismus. Und die Kirchen? Als Partner und Ideengeber der CDU? Sie sind dabei, Opfer einer Entwicklung zu werden, die sie selber angestoßen haben. Das nennt man „Säkularisierung“, die einen schließlich selber erfaßt. Ihre spirituelle Anstoßkraft hat sich verflüchtigt, ihre sozialetische Prägekraft ist erlahmt. Und wie soll ein Lahmer einen Blinden führen?

Die sich als die ganz großen Retter aufspielen wollen, haben uns gerade noch gefehlt. Gott sei Dank gibt es noch keine nennenswerte Nachfrage nach starken Führern. So bleiben uns die politischen Propheten eines irdischen Paradieses einstwei-

len erspart. Aber an den linken und rechten Rändern unserer Demokratie regen sich demagogische Figuren und Lemuren, die uns das innerweltliche Heil verheißen. Also Leute, die aus der deutschen und europäischen Geschichte so gut wie nichts gelernt haben.

Diese seit 1945 und 1989 evident gescheiterten und mithin obsoleten Varianten der Weltverbesserungsideologie sollten eigentlich für immer erledigt sein. Aber die Gespenster der Reideologisierung sind dabei, sich aus ihren Gräbern zu erheben: Neonazis und Neosozialisten feiern eine Auferstehung, zu der nicht unerhebliche Teile der Bevölkerung ihre Zustimmung erteilen. Und ein neues Ideologiespenst gesellt sich hinzu: die „Diktatur des Relativismus“, wozu Joseph Ratzinger, der „deutsche“ Papst Benedikt XVI., schon das Notwendige gesagt hat. Dafür bekommt er jetzt eine mediale Vergeltung zu spüren, die seine Warnungen nachträglich bestätigt.

Das neue Gespenst scheint sich inzwischen europaweit auszubreiten, es hat auch die CDU erreicht und benebelt. Die christlich-abendländischen Wurzeln Deutschlands und Europas sterben sichtbar ab. Und die CDU, die sich immer als deutsche Avantgarde des europäischen Projekts verstand, scheint weder die Kraft noch den Willen zu haben, wenigstens in Deutschland noch die tragenden Säulen christlicher Humanität zu sichern. Diese sind in einem aussterbenden Volk besonders vom Einsturz bedroht. Aber auch besonders notwendig.

Von ihren Ursprüngen an war die CDU von christlicher Weltanschauung und Moral durchdrungen – und mit Katholischer Soziallehre imprägniert. Diese garantierte zwar nicht das wohlstandsgesättigte Überleben des deutschen Volkes oder gar die bleibende strukturelle Gestaltungsmacht einer „christlichen“ Partei. Völker kommen und gehen. Auch Parteien. Sie gehen vor allem dann, wenn sie ihr Gesicht verlieren und ihren eigenen Nachwuchs verkümmern lassen. Oder wenn sie innerlich morsch und moralisch korrupt werden.

Wie die „Democrazia Cristiana“ in Italien, die trotz ihrer großen historischen Verdienste abtreten mußte. Kann der CDU daßelbe Schicksal blühen?

Es scheint, als wären die Enkelkinder Adenauers dabei, sein Erbe und den geschichtlichen Auftrag der CDU zu verspielen. Ihre Identität als C-Partei setzte sie nicht von heute auf morgen, durch einen radikalen Bruch, aufs Spiel. Vielmehr läßt sich schon seit Jahrzehnten ein schleichender Niedergang, eine programmatische und personelle Auszehrung dieser Partei beobachten. In der CDU gab es immer eine große Fluktuation von Personen und Programmen. Die zunehmende Hektik im Bemühen um ständige „Modernisierung“ führt jedoch zu Diskontinuitäten und Identitätsverlusten, die der Partei arg zusetzen. Es kommen keine Wechselwähler, denen man hinterherläuft, und es gehen die christlichen Stammwähler, die ihre politische Heimat verloren haben.

In diesen Monaten der Wahlkämpfe zeichnet sich ein für die Partei gefährliches Abwandern und Austreten ab. „Wohin soll ich mich wenden?“ fragen sich mit dem alten Kirchenlied vor allem die enttäuschten Mitglieder und Stammwähler. Dies sind vor allem die bisher treuen Träger der Parteitradition, also die Konservativen, die kirchlich gebundenen Christen und die ordo-liberalen Anhänger der Sozialen Marktwirtschaft. Ist die Bundesrepublik, die in diesem Jahr ihr sechzigstes Lebensjahr erreicht, schon so altersschwach und geschichtsvergessen, das ihre staatstragende Partei *par excellence*, die CDU, allmählich abdankt? Diese Partei ist zwar inzwischen, trotz massiven Mitgliederschwunds, größer als die SPD geworden, die noch größere Identitätsprobleme als die CDU zu haben scheint. Aber ihr Charakter als die große christliche Volkspartei ist dahin – und schwindet in dem Maße, als sie im Identifikationsmerkmal des Christlichen keine Eindeutigkeit mehr findet und in einer zunehmend säkularen und laizistischen Gesellschaft vielleicht auch nicht mehr finden kann.

„Die Partei ist nicht mehr die, in die ich vor 37 Jahren eingetreten bin“, sagte anlässlich seines Austritts aus der CDU der frühere sachsen-anhaltinische Ministerpräsident Werner Münch der „Magdeburger Volksstimme“. Die eigentlichen Gründe für die Kündigung seiner Parteimitgliedschaft brachte er in einem Brief an den Vorsitzenden des CDU-Kreisverbandes Freiburg zur Sprache. Es sind respektable Gründe eines Enttäuschten, die man gut verstehen kann. Besonders wenn man seit vielen Jahren als Katholik Mitglied oder wenigstens sympathisierender Wähler dieser Partei ist.

Auf die von Münch und vielen anderen genannten Gründe näher einzugehen, würde sich lohnen, besonders für die Partei selber. Sie liegen vor allem (1.) in der mangelhaften Wirtschafts(ordnungs)politik, (2.) in einer populistisch-machtbezogenen Personalpolitik und (3.) in der Vernachlässigung des Lebensschutzes. „Das Faß zum Überlaufen gebracht“ hat für Münch (4.) „die Art und Weise, wie die Parteivorsitzende das Oberhaupt unserer katholischen Kirche, den deutschen Papst Benedikt XVI., öffentlich diskreditiert und gedemütigt hat, obwohl es dafür keine Veranlassung gab“. Mit diesem letztgenannten Austrittsgrund – oder war es nur der Anlaß? – kritisiert Münch zu Recht die völlig deplazierte und opportunistische Intervention der Bundeskanzlerin und Parteivorsitzenden Merkel in den innerkirchlichen Vorgang der Aufhebung einer Exkommunikation. Auf diesen paradigmatischen Fall einer Grenzüberschreitung im Verhältnis Kirche-Partei-Staat wird man sich noch näher einlassen müssen, auch wenn Frau Merkel glauben sollte, dieses Problem mit einem Telefonat wegwischen zu können.

Als Parteivorsitzende, die ihr Bundeskanzleramt liebt, kann sie kein Interesse daran haben, daß sich immer mehr bewußt christliche, vor allem katholische Stammwähler von ihr abwenden. Und zwar hauptsächlich wegen der Gründe, die Werner Münch unter die Punkte drei und vier zusammengefaßt hat.

Die Gretchen-Frage lautet also: CDU – wie hältst Du's mit dem „C“, mit der Religion, mit dem Christentum, mit seiner Moral, mit seinem Recht, mit seiner Kirche?

Die C-Frage hatte vor einigen Jahren bereits Joachim Kardinal Meisner öffentlich gestellt. Damit hatte er freilich an ein innerparteiliches Tabu gerührt. Soll die CDU das „hohe C“ aus ihrem Namen tilgen und es etwa durch ein „K“ (für „konservativ“) ersetzen? Der Verzicht auf das eingetragene, langjährig eingeführte Markenzeichen hätte gewiß keinen werbewirksamen Nutzen. Die CDU müsste sich neu erfinden. Andererseits könnte ein wieder stärker akzentuiertes, inhaltlich aufgefülltes und glaubwürdiges „C“ zu einer programmatischen Selbstverpflichtung führen, die den allzeit bereiten „Fundamentalismus“-Verdacht wachruft. Hier zeigt sich das Hauptdilemma der CDU.

Wie sich die Partei aus dieser Zwickmühle befreien könnte, ist eine elementare politisch-theologische Frage. Ein Problem, das nicht allein im engen Horizont einer machtbewußten Partei eine Lösung finden kann. Vielmehr ist die CDU in religiösen und moralischen Fragen nach wie vor auf eine theologische Kompetenz angewiesen, die ihr in den christlichen Kirchen zuwächst. Umgekehrt brauchen die Kirchen parteipolitische Gesprächspartner, um ihren öffentlichen Anspruch zur Geltung zu bringen. Wird diese dialogische Kooperation, die sich geschichtlich bewährt hat, unterbrochen, kann es passieren, daß die Partei zu einer säkularen Ersatzkirche mutiert – und die Kirche zu einem religiösen Parteiersatz.

Leider sind die von Münch erwähnten Gründe vor allem auf eine Person bezogen. Nämlich auf die Person der Parteivorsitzenden und Bundeskanzlerin Angela Merkel. Und die ist bekanntlich und bekennend evangelisch. Sogar protestantische Pastorentochter aus dem Osten Deutschlands. So kann sich jede katholisch motivierte Kritik an Frau Merkel leicht den Vorwurf zuziehen, gegen die Ökumene, gegen „die Frauen“

und auch noch gegen die östlichen Bundesländer gerichtet zu sein. Ich ziehe es deshalb vor, mich vorrangig mit einer Partei auseinanderzusetzen, nicht mit Personen. Wenngleich es eben immer Personen sind, die eine Partei und sogar ihr Programm repräsentieren.

Mein erkenntnisleitendes Interesse speist sich aus der Kontinuität Katholischer Soziallehre. Sie bietet moralische und sozialethische Orientierungen zur Stabilisierung der Demokratie, zur Sinnerfüllung der Marktwirtschaft und zur Regelung von Gerechtigkeitsfragen, die weit über soziale und nationale Fragen hinausgehen. Dreimal darf man raten, in welcher Partei ich seit dem 22. Januar 1966 immer noch und stillschweigend Mitglied bin. Kleriker im Dominikanerorden sind zur parteipolitischen Zurückhaltung verpflichtet. Der CDU und anderen Parteien und Kandidaten, die sich für das Christentum starkmachen, wünsche ich alles erdenklich Gute. Und auch Erfolg bei den nächsten Wahlen. Auf meine Mitwirkung bei Wahlkämpfen möge man allerdings verzichten. Ich habe keine Ressentiments der CDU gegenüber, der wir in Deutschland so vieles zu verdanken haben. Wie sollte ich? Die rheinische CDU ist immerhin im Dominikanerkloster Walberberg, dem ich lange angehörte, gegründet worden. Und die ersten Programme dieser Partei wurden von Pater Eberhard Welty OP stark inspiriert.

Wenn sich die Partei inzwischen bis zur Unkenntlichkeit verändert haben sollte, nach dem Münch'schen Motto: „Die Partei ist nicht mehr die, in die ich vor 37 Jahren eingetreten bin“, so lohnt es sich dennoch, einige Fragen mit ihr zu erörtern. Sie sollen die CDU nicht verabschieden, sondern zur Diskussion ihrer Wählbarkeit anregen. Freilich sind hysterische Situationen und populistische Wahlkampfzeiten nicht gerade günstig für einen Dialog, also für die vernünftige Suche nach einem gemeinsamen Sinnbestand. Die folgenden Überlegungen eignen sich nicht als Wahlkampfmunition, sie gehen weit über

aktuelle Stürme hinaus – und weit zurück in ruhigeres Fahrwasser. Personalpolitische Interessen, wie sie mein verehrter Mitbruder Pater Heinrich Basilius Streithofen OP so gerne und auch erfolgreich verfochten hat, sind mir eher fremd. So teile ich auch nicht die aufgeregte Meinung von Hubert Windisch, dem Freiburger Pastoraltheologen. Für ihn hat sich Frau Merkel am 3. Februar 2009 „als Anti-Papst-Kanzlerin erwiesen. Für deutsche Katholiken ist sie nicht mehr wählbar.“

So schnell sollten die Preußen nicht schießen. Und Kollege Windisch kann nicht ex cathedra eines Freiburger Lehrstuhls für die deutschen Katholiken sprechen. Jedenfalls nicht für mich. Und Frau Merkel ist nicht identisch mit der CDU. Freilich ist für Christen das Wahlrecht eine Wahlpflicht, die sehr gewissenhaft wahrgenommen werden will. Vielleicht auch durch bewußte Wahlenthaltung? Welcher Partei oder Person die christlichen Wähler ihre Stimme geben oder verweigern, hängt schließlich von Maßstäben ab, über die man öffentlich sprechen muß.

Sind es Personen oder Programme, konkrete Aktionen oder moralische Ansprüche, die einer Partei ein unverwechselbar christliches Profil verleihen? Wie stellt sich das „C“ im programmatischen Selbstverständnis der CDU dar? Welche Wert- und Rechtskriterien sind für Christen in der Politik unverzichtbar? Wie läßt sich das Verhältnis der Kirche zur „Christlichen Demokratie“ in Geschichte und Gegenwart bestimmen? Kann sich heute noch eine Volkspartei „christlich“ definieren? Wer entscheidet, wer ist kompetent und legitimiert, das Christliche in der Politik verbindlich zu bestimmen? Und: Wie „christlich“ kann überhaupt eine politische Partei sein, die auf Mehrheiten, Koalitionen und Kompromisse setzen muß, um die Macht im Staat zu behaupten?

Das sind mehr Fragen, als man beantworten kann. Aber man wird ja noch fragen dürfen.